



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Rose sträubte sich ein wenig, aber auch ihr erging es, wie es Pips ergangen war. Sie wäre freilich imstande gewesen, die Diskussion fortzusetzen, und würde sich in der Theorie vortrefflich ausgedrückt haben, in der Praxis aber hatte er die Oberhand. Und dann war der liebe Mensch auch so wunderbar ehrlich. Das machte seine einheitliche Natur. Unbedingt hatte er die Oberhand. Und er behielt sie auch. Sie machte sich frei von ihm, aber geschehen war geschehen.

Mit roten Köpfen standen sie sich im Sonnenschein gegenüber, heiß von dem Kuß, zitternd vor Erregung und etwas schwer atmend, er in Folge des Angriffs, sie in Folge der Ergebung. Dieser Augenblick war jedenfalls kein geeigneter Zeitpunkt, um über seine Gefühle zu einer andern zu verhandeln.

Ich liebe dich, sagte er, und er tat es auch wirklich.

Er liebt mich, dachte sie und glaubte es. — —

Jürgen Steinfeld war mit Rose Markdanner verlobt. Das machte ihn sicher und wohlberedt; sie dagegen machte es still und zum Zuhören geneigt.

Und Ihre Gnaden und Seine Erzellenz machte es froh.

Es wäre banal und überflüssig, zu erzählen, was an diesem Tage noch weiter geschah; erwähnt mag nur werden, daß Ratt an diesem Abend ein Telegramm erhielt, das folgendermaßen lautete:

Verlobt.

Der Marquis von Carabas aber dachte in seinem Sinn, wie viel übler er daran gewesen wäre, wenn etwa Ihre Gnaden ihn nach Pips gefragt und Rose ihn in der Theologie vorgenommen hätte.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Enteignungsvorlage im preußischen Herrenhause. Die Kolonialpolitik im Reichstage.)

Berlin, 1. März 1908

Im preußischen Herrenhause ist die Entscheidung über die Enteignungsvorlage gefallen. Die Staatsregierung hat einen Sieg erfochten, einen Sieg, an den viele, sonst nicht leicht zu beirrende Beurteiler kaum noch zu glauben gewagt hatten, da die Gegnerschaft zu einer unerwarteten Stärke angewachsen schien. Der Beschluß der Herrenhauskommission wollte der Vorlage bekanntlich eine Fassung geben, die die Wirksamkeit der neuen Maßregel von vornherein unmöglich machte. Im Plenum hatte deshalb Oberbürgermeister Adickes den Antrag eingebracht, die Fassung des Abgeordnetenhauses mit einem geringfügigen Zusatz, der die Begräbnisstätten und das früher erworbene Eigentum kirchlicher Gemeinschaften und milder Stiftungen vor der Enteignung schützt, wiederherzustellen. In der Fassung des Antrags Adickes nahm das Haus am zweiten Beratungstage, am 27. Februar, die Vorlage mit 143 gegen 111 Stimmen an. Dieses Ergebnis mußte um so größere Genugtuung erregen, als gegen das Enteignungsprojekt sehr gewichtige Reden gehalten worden sind, sodaß leicht der Eindruck entstehen konnte, als ob die Gegner die stärkere Strömung im Hause für sich hätten. Das war eine Täuschung. Das Herrenhaus bewährte seinen alten Ruf, daß es in ernster Lage den Staat nicht im Stich läßt.

Allerdings mutet es merkwürdig an, wenn man die starke Minderheit, die bei der Abstimmung gegen die Vorlage war, einer nähern Musterung unterzieht. Bei dieser Gegnerschaft fanden sich offenbar sehr verschiedene Motive zusammen. Wenn neben den polnischen Magnaten und den klerikalen Mitgliedern des Herrenhauses auch Männer wie Generalfeldmarschall Graf Häßeler und ein alter Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, Staatsminister Lucius von Ballhausen, endlich die Oberbürgermeister der großen Städte des Ostens — Königsberg, Danzig, Posen, Breslau — gegen die Vorlage stimmten, so darf man wohl annehmen, daß das Wörtchen „nein“ in diesem Falle nicht in jedem Munde die gleiche Bedeutung hatte. Es wäre sehr reizvoll, würde aber den Rahmen der Betrachtungen unsers Reichs spiegels bedenklich überschreiten, wenn man die Motive dieser Abstimmung zergliedern wollte. Wir müssen uns hier auf die Hervorhebung einiger der wichtigsten Gesichtspunkte beschränken.

Etwas Gemeinsames bei dem Widerstande gegen den Enteignungsgedanken kann man wohl darin erkennen, daß selbst realpolitisch und staatsmännisch angelegte Naturen und Männer von großer politischer Erfahrung vollständig überwältigt wurden von dem Gedanken, hier würden zwei Prinzipien durchbrochen, die als Grundpfeiler eines geordneten Rechtsstaats gelten müssen. Diese beiden Prinzipien sind die Gleichheit vor dem Gesetz und der Schutz des Eigentums. Wenn es richtig wäre, daß die Enteignungsvorlage einen Präzedenzfall für die Verletzung dieser beiden wichtigen Prinzipien bedeutete, dann wäre die Gegnerschaft gegen eine solche Vorlage nicht unberechtigt; es würde damit eine Bresche eröffnet, durch die jeder Feind der gegenwärtigen Staatsordnung im gegebenen Augenblick eindringen könnte.

Aber diese Auffassung des Enteignungsprojekts ist nur möglich bei Festhaltung des mechanischen und formalistischen Charakters, den wir unsrer ganzen Gesetzgebung aufgeprägt haben. Wir sind durch allmähliche Gewöhnung überzeugt, daß, wenn ein Gesetz erst einmal auf dem Papier steht, die Exekutivbehörden und die Richter sozusagen alles aus dem Gesetz herausholen, was durch spitzfindige Dialektik, formalistische Deutungskunst und gewagte Zurechtsetzung und Dehnung des Begriffs nur irgend herausgeholt werden kann. Sobald daher in einem Gesetz überhaupt der Begriff Enteignung vorkommt, denkt jeder sofort daran, daß damit der Schutz des Eigentums prinzipiell aufgegeben wird, weil wir uns im Gesetz die Proklamierung dieses Schutzes nur in formalistischer Starrheit vorstellen können. Ähnlich steht es mit dem Prinzip der Rechtsgleichheit, das doch nur so weit gewahrt werden kann, als die notwendigen Voraussetzungen der Rechtsordnung selbst gewahrt sind. Auch hier ist es nicht richtig, sogleich das Prinzip verletzt oder in Gefahr zu glauben, wenn eine gesetzliche Bestimmung einmal nicht in das Schema einer mechanisch aufgefaßten Rechtsgleichheit paßt.

In dieser Beziehung sind die Ausführungen charakteristisch, die Generalfeldmarschall Graf Häßeler in einer Rede gegen die Vorlage vorbrachte. Der alte Soldat hatte zutreffend das Bild eines Kampfes vor Augen, aber das Bild war nicht vollständig durchdacht. Er meinte nämlich, während der Staat eine scharfe Waffe erhalte, seien die Polen wehrlos, und das sei — so schien es seinem ritterlichen Sinne — nicht in der Ordnung. Aber so ist die Sache nicht. Es ist dabei vergessen worden, daß die Polen sogar eine sehr starke Waffe haben, nämlich die Rechte, die ihnen als preußischen Staatsbürgern durch die Verfassung verbürgt sind. Diese Rechte bedeuten in der Hand eines Bevölkerungsbestandteils, der die Voraussetzung, unter der sie den Staatsbürgern gegeben sind, nicht erfüllen will, in der Tat eine Waffe. Denn die Polen arbeiten gegen den Bestand und die Sicherheit des preußischen Staates unter dem Schilde ihrer verfassungsmäßigen Rechte

und erfüllen ihre Pflichten nur so weit, daß sie sich keiner formellen Verletzung schuldig machen, für die sie gefaßt werden können. Bei diesem eigentümlichen Verhältnis ist die Wehrlosigkeit auf der Seite des Staats, solange er sich nicht entschließt, eine Waffe in die Hand zu nehmen, die eine bestimmte Form des Mißbrauchs der Staatsbürgerrechte direkt trifft. Das sieht denn wohl aus wie ein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit, ist aber dem Wesen nach ein berechtigter Akt der Notwehr. Wollen wir ein Bild aus der Kriegsführung wählen, so können wir etwa sagen: der preußische Staat gleicht einer Festung, die aus irgendwelchen Rücksichten gezwungen ist, die Tore offen zu halten, während ein Gegner bereits dagegen vordringt. Es ist höchste Zeit, die Tore zu schließen.

Wir sind eben in einer Lage, in der übrigens andre Völker zuzeiten auch gewesen sind, und aus der sie sich in ihrer Art ähnlich geholfen haben, daß wir nämlich einen politischen Kampf auszusechten haben, der über den Austrag innerer Meinungsverschiedenheiten hinausgeht und mit der nationalen Ehre und der Existenz des Staats im Zusammenhang steht. Hierzu gebrauchen wir gesetzliche Waffen, deren Anwendung wir nicht schematisch regulieren können wie die Vorschriften für den Betrieb einer inneren Einrichtung, sondern innerhalb gewisser Grenzen zur Vertrauenssache machen müssen. Macht man sich nur einmal von der Vorstellung los, als ob jede Waffe, die ein nationales Kampfgesetz an die Hand gibt, als starres Prinzip die ganze Staatsmaschine in Mitleidenschaft ziehen müsse, so wird man sehr bald gewahr werden, daß die neue Enteignungsvorlage, im Hinblick auf den Kampfszweck betrachtet, sehr viel mehr Garantien gegen Mißbrauch enthält, als man nach den Warnungen der Gegner annehmen könnte. Und darum hatten die Gegner nach unserer Meinung Unrecht, als sie die Bedenken so sehr in den Vordergrund schoben. Denn diese Bedenken liegen in der politischen Lage überhaupt, in dem Verhältnis des preußischen Staats zu seinen Polen, nicht in der Maßregel, die gerade vorgeschlagen wurde. Und so blieb denn ganz natürlich der Widerstand gegen das Gesetz in der Verneinung stecken; kein einziger positiver Gegenvorschlag wurde gemacht.

Das hat Fürst Bülow besonders sehr scharf hervorgehoben. Er griff an beiden Beratungstagen in die Debatte ein, trefflich unterstützt von den Ministern v. Arnim, Frhr. v. Rheinbaben und Weseler. Aus dem Hause erstanden ihnen nur wenige Vorkämpfer für die Vorlage, aber diese wenigen waren allerdings ausgezeichnete Anwälte der Sache. Die groß angelegte, wahrhaft staatsmännische, tief eindrucksvolle Rede des Grafen Botho Eulenburg wird nicht so bald vergessen werden, und ebensowenig die aus der Tiefe schöpfenden Darlegungen und Mahnungen von Professor Schmoller.

Wie konnte es aber kommen, daß sich eine so starke Minderheit ganz und gar auf die allgemeine Prinzipienfrage festlegte, die realpolitische Bedürfnisse des Nationalitätenkampfes so gar nicht beachtete? Es ist eine wunderbare Erscheinung, wie wenig die wahre Natur des Kampfes gegen das Polentum erkannt und gewürdigt wird. Nur mit Staunen und Kopfschütteln konnte man die Ausführungen des Grafen v. Mirbach-Sorquitten hören oder lesen — eines Mannes, der doch nicht der erste beste ist, sondern einst ein bedeutender konservativer Parlamentarier und vom Fürsten Bismarck hochgeschätzt war. Es gab einen Passus in seiner Rede, in dem jeder Satz eine grobe Unrichtigkeit enthielt. So behauptete er, bis 1859 hätten Deutsche und Polen im besten Einvernehmen gestanden; dann habe Napoleon der Dritte das Nationalitätsprinzip aufgestellt, und das habe die Polen veranlaßt, nun ebenfalls an die Pflege ihrer Nationalität zu denken. Aber ihre Angriffe gegen das Deutschtum hätten doch erst begonnen, als sie selbst durch das Ansiedlungsgesetz

von 1886 angegriffen wurden; es sei ganz natürlich, daß ein Angegriffener im Gegenangriff die beste Verteidigung sehe. Wer nur einigermaßen mit der Wirklichkeit und den geschichtlichen Tatsachen Bescheid weiß, muß zugeben, daß, um diese Sammlung von verkehrten Auffassungen richtig zu kennzeichnen, eigentlich kein parlamentarischer Ausdruck scharf genug ist. Das Hauptübel jedoch besteht darin, daß eine ähnliche Unkenntnis der wahren Lage leider auch sonst an Stellen verbreitet ist, wo man sie nicht vermuten konnte.

Wie ist das möglich? Die Erklärung für diese auffallende Erscheinung liegt ja zu einem Teil in einem Umstande, der unter gewissen Gesichtspunkten ganz erfreulich ist. Es liegt dieser Denkweise nämlich ein starkes Vertrauen zu der Macht und der Gesundheit des preußischen Staats zugrunde. Daß ein Volk, von dem die meisten nur zu wissen glauben, daß es in der Geschichte vollständig abgewirtschaftet hat, jemals gegen den preußischen Staat aufkommen könne, erscheint den Herren als eine lächerliche Furcht. Diese an sich ehrenwerte Regung und Überzeugung entschuldigt aber nicht die Lässigkeit, die eine scharfe Beobachtung und genaue Kenntnis der Wirklichkeit verschmäht. Es kommt hinzu, daß gerade die Eigentümlichkeit der slawischen Rasse für die meisten Deutschen besonders schwer zu erfassen ist. Wie leicht Deutsche, auch solche von einiger Erfahrung und Menschenkenntnis, durch die Verstocktheit und Verschlagenheit des slawischen Charakters zu täuschen sind, wie schwer es ihnen wird, sich in diese fremde Denkweise auch nur einigermaßen hineinzuversetzen, davon kann der Kenner der Verhältnisse beständig die merkwürdigsten Proben erleben. So konnte auch Graf Mirbach behaupten, bis 1859 sei zwischen Deutschen und Polen alles in Ordnung gewesen.

Darum wird auch jede Behauptung, die für diese oder jene Erscheinung eine oberflächliche Erklärung zu geben scheint, ohne weiteres für richtig angenommen. Wieder kam bei den Beratungen im Herrenhause die nachgerade zur Genüge als falsch erwiesene, aber wegen ihrer bequemen Einfachheit und Plausibilität dennoch festgehaltne Meinung zum Vorschein, daß die Polen die großen Mittel zu ihrem Vorgehn gegen deutschen Grundbesitz nur durch die vorteilhaften Geschäfte erlangt hätten, die sie mit der Ansiedlungskommission machten. Dabei brauchten die Herren, die dergleichen gedankenlos nachschwazzen, doch nur einen Blick in die der Öffentlichkeit reichlich unterbreiteten statistischen Nachweise der Ansiedlungskommission zu tun, um zu erkennen, daß die Kommission leider gar nicht so viel polnischen Besitz erworben hat, wie notwendig wäre, um die Erfolge der Polen in ihrem Erwerb von deutschem Grund und Boden zu erklären. Wie es sich wirklich verhält, ist doch längst aufgeklärt. Die gute nationale Organisation, die den polnischen Arbeitern lohnende Arbeitsgelegenheit im westdeutschen Industriegebiet und in den Rübenbaugenden verschafft, hat diese früher in den dürftigsten Verhältnissen lebenden Leute verhältnismäßig wohlhabend gemacht, ohne ihre Genügsamkeit zu beeinträchtigen. Das bedeutet, daß die breiten Schichten der polnischen Bevölkerung bei ihren geringen Lebensansprüchen über relativ hohe Ersparnisse verfügen. Die polnischen Parzellierungsbanken haben also — unterstützt durch die eifrige, vermittelnde, überwachende und aufklärende Arbeit der nationalen Geistlichkeit — stets ein reichliches Angebot von zahlungsfähigen Ansiedlern zur Hand. Unter solchen Umständen bedarf es für die polnischen Unternehmungen dieser Art keineswegs besonders umfangreicher eigener Kapitalien, sondern vor allem einer guten Kreditorganisation, und dazu brauchen sie durchaus nicht die von der Ansiedlungskommission ausgekauften polnischen Großgrundbesitzer, von denen sich nur verschwindend wenige im Lande selbst wieder angekauft haben, und die sogar zu einem großen Teil außer Landes gegangen sind, weil ihnen der gesellschaftliche Boykott ihrer

Volksgenossen eine Luftveränderung wünschenswert erscheinen ließ. Den notwendigen Kredit finden die polnischen Parzellierungsgesellschaften teils bei ihren Landesleuten innerhalb und außerhalb der preussischen Grenzen, teils bei deutschen Banken, für die der Grundsatz gilt, daß Geschäft eben Geschäft ist. Die Ansiedlungskommission ist ganz unschuldig daran.

Was hier soeben besprochen worden ist, ist nur ein Beispiel dafür, wie schief häufig die Verhältnisse beurteilt werden. Man kann nur wünschen, daß die Kenntnis der Ostmarkenfrage immer mehr durchdringen möge, damit der Staat auf der betretenen Bahn sicher vorwärtsschreiten kann.

Im Reichstage haben in der letzten Woche die Kolonialfragen im Vordergrund gestanden. Zum erstenmal hatte Staatssekretär Dernburg sein Programm zu entwickeln und zu verteidigen. Im Mittelpunkt stand dabei zunächst Ostafrika, das Schutzgebiet, das der Staatssekretär im Sommer 1907 selbst bereist hat. Schon bei seiner Rückkehr verlautete, daß er die deutschen Bewohner des Schutzgebietes vielfach enttäuscht habe. Briefe, Berichte und Petitionen aus der Kolonie fingen an, gegen ihn Stimmung zu machen. Man wird sich darüber nicht wundern können. Es mußte Herrn Dernburg überlassen bleiben, selbst zu bestimmen, was ihm nach seiner persönlichen Eigenart, seinen Wünschen, Bedürfnissen und Plänen auf seiner Reise zu sehen und zu erfahren besonders wünschenswert schien, und das gerade deshalb, weil er in der kurzen Zeit doch nicht alles genau kennen lernen konnte. Die Pflanzer und Kaufleute in Deutsch-Ostafrika hatten sich aber die Sache natürlich anders vorgestellt; sie wollten den als Reuling unter sie tretenden Leiter der deutschen Kolonialpolitik möglichst für ihre Anschauungen und Interessen gewinnen. Aus diesem Dilemma hätte sich vielleicht ein anderer Staatssekretär mit größerer äußerer Geschmeidigkeit gezogen, aber schließlich ist es doch nur Nebensache. Im wesentlichen hatte Herr Dernburg Recht, daß er so und nicht anders verfuhr. Er hat dann freilich in der vorigen Woche in der Budgetkommission des Reichstags darüber manche zu scharf zugespitzte Äußerung getan, die nicht aufrechtzuerhalten war, und die er dann auch nachher abgeschwächt hat. Ob man ihm in allen einzelnen Stücken folgen kann, ist eine Frage für sich; einiges, wie die günstige Beurteilung der indischen Händler in der Kolonie, hat wohl ziemlich allgemeines Befremden erregt. Aber darauf kommt es weniger an als auf die Richtigkeit der entscheidenden Grundgedanken. Und da ist rühmend hervorzuheben, daß er unter den Fürsorgemaßregeln der Regierung dem Eisenbahnbau die erste Stelle angewiesen hat. Das ist auch in der Tat die Grundlage jeder gedeihlichen Entwicklung der Kolonie. Bedauert wird von Kennern allgemein, daß der Bau der südlichen Bahnlinie von der Küste nach dem Nyassa vorläufig vertagt worden ist, doch wird diese Versäumnis hoffentlich bald nachgeholt werden, wenn die ganze Frage einmal in Fluß gebracht worden ist.

Solange die Verkehrsfrage nicht genügend gelöst ist, sucht Dernburg — und darin geben wir ihm Recht, — alle phantastischen Hoffnungen auf eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie, wodurch eine größere Zahl von weißen Ansiedlern und Händlern dorthin gezogen werden könnte, vorläufig möglichst zurückzuhalten. Er hat sich darin einer kühlen Rüchternheit befleißigt, die ihm von manchen Seiten sehr verdacht worden ist, weil man dabei herauszuhören glaubte, daß er für gewisse Vorteile, die das deutsche Volk unmittelbar aus seinen Kolonien ziehen kann, kein volles Verständnis habe. Dem liegt jedoch wohl eine falsche Auffassung der Worte des Staatssekretärs zugrunde. Er hat richtig hervorgehoben, daß das wichtigste Kapital in der Kolonie der Eingeborne sei. Darum hat er sich vorgenommen, der Negerfrage eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Daß er dabei in Konflikt

mit den Wünschen und Interessen einer gewissen Kategorie von Pflanzern geraten würde, war vorauszusehn. Nun werden sich in dieser Frage gewiß noch viele Meinungsverschiedenheiten ergeben, und wahrscheinlich wird auch der Staatssekretär selbst nicht durchaus bei allen den Ansichten stehn bleiben, denen er bei den letzten Debatten über den Kolonialetat eine vorläufige Formulierung gegeben hat. Es ist jedoch zu erkennen, daß wir mit größerer Zuversicht als früher darauf rechnen können, daß die dringenden Probleme der Kolonialpolitik entschlossen in Angriff genommen werden. Und das ist doch eigentlich die Hauptsache; denn wir können nicht mehr darauf warten, bis sich alle Kenner, Interessenten und sonstige Beteiligte auf eine unfehlbare Meinung geeinigt haben.

Weyers Taschenbuch der Kriegsschiffe für 1908 (Behmanns Verlag in München) ist um ein volles Fünftel an Umfang gegen den vorjährigen Band gewachsen! Seine Flottenlisten sind unübertroffen an Zuverlässigkeit und Reichhaltigkeit. Neben den Angaben über Bewaffnung, Panzerschutz, Besatzungsstärke, Schiffsgröße, Maschinenkraft jedes Schiffes usw. findet man für alle Linienschiffe und Panzerkreuzer die Bauzeit und Bauwerft, Stapellaufszeit, Art der Maschinen und Kessel, Anordnung des Panzers u. a. Auch Bemerkungen über Ölheizung, Kohlenverbrauch, Dampfstrecke, Dauergeschwindigkeit, Drehkreis, Bestreuungswinkel der Geschütze und besondere Einrichtungen, zum Beispiel dreizehn Scheinwerfer auf Dreadnought, fehlen nicht. Dabei sind auch die kleinsten Seestaaten wie Bulgarien und Mexiko mit berücksichtigt. Doch mit den Flottenlisten ist der reiche Inhalt des Buchs durchaus nicht erschöpft. Sehr wertvoll sind noch die Stärkevergleiche der größern Flotten, die Indiensthaltungen und besonders die Zusammenstellung der Flottenpläne und der Neubauten an Linienschiffen und Panzerkreuzern, ferner der Schiffsgeschütze auf den Flotten und der Leistungen der großen Kanonenfabriken: Krupp, Armstrong, Vickers, Maxim, Schneider-Canet u. a. Die Steigerung der Seelenlänge im letzten Jahrzehnt ist beachtenswert; alle Kanonenfabriken und verschiedene fremde Marinen, besonders England, sind schon bei 50 Kaliber langen Rohren angekommen, und zwar zumeist bei 30,5 Zentimeter Kaliber, einzelne schon mit 34,3 Zentimeter, während zum Beispiel unsere alten Ausfallkorvetten der Sachsenklasse, die noch als „Linienschiffe“ mitrechnen, nur 22 Kaliber lange 26-Zentimeter-Geschütze als schwerste Brummer führen. Die geradezu unheimlichen Fortschritte in der Geschütztechnik sind es, die der Flottenentwicklung unsrer Zeit das rasende Tempo geben, dergestalt, daß mit dem Erscheinen des neuen Riesenlinienschiffs Dreadnought alle gleichzeitig fertig gewordenen schwächern Schiffe schon als minderwertig eingeschätzt werden müssen. Wohin dieser kostspielige, vorläufig wenigstens friedliche Wettstreit im Bau der Linienschiffe führen mag, das ist noch nicht zu sagen. Aber das Taschenbuch läßt doch schon erkennen, daß nicht alle Marinen im Dreadnought-Typ das Ideal der Zukunftschlachtschiffe sehn; gerade die sehr kriegserfahrenen Japaner behalten auch auf ihren sehr großen Neubauten die gut bewährte starke Mittelartillerie neben den schwersten Geschützen noch bei.

Das Wertvollste in Weyers Taschenbuch sind zweifellos die vorzüglichsten Schiffsbilder und Schiffspläne; da ist jede Schiffsklasse vertreten. Alle wichtigen Kampfschiffe sind nicht nur nach Photographien dargestellt, sondern auch durch Seitenpläne und Deckspläne schematisch gegeben, sodas man genau die Geschützaufstellung und Panzerung, auch die Panzerschutzwände und Panzerdeck im Innern des Schiffes erkennen kann. Das Durchblättern dieses Abschnitts (von 240 Seiten) ist äußerst lehrreich, weil es die Mannigfaltigkeit der Kriegsschiffsbauten deutlich vor Augen führt. Darunter sind auch dreizehn Photographien von Unterseebooten

verschiedener Flotten. Neu aufgenommen sind auch die Schattenrisse aller Schiffsklassen, die dazu dienen, die Schiffe schon aus großer Entfernung, sobald sie über dem Horizont auftauchen, zu erkennen.

Das vorzügliche deutsche Taschenbuch wird überall im Auslande, auch in den Fachzeitschriften, lobend hervorgehoben, und mit Recht. Möge auch der Kreis seiner deutschen Freunde in gleichem Maße wachsen; es ist tatsächlich ein unentbehrliches Handbuch in allen Flottenfragen!

Georg Wislicenus

Die städtische Bodenfrage. Diese heut so brennende Frage ist in den Grenzboten oft erörtert worden. Dr. K. von Mangoldt nun, der Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, hat uns als Frucht sechsjähriger Arbeit ein Werk besichert, das alles für den Gegenstand nur irgend in Betracht kommende zusammenfaßt, und das man vielleicht in manchen Beziehungen als abschließend bezeichnen darf: Die städtische Bodenfrage, eine Untersuchung über Tatsachen, Ursachen und Abhilfe. (Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht, 1907.) Solchen Lesern, die den Gegenstand studieren wollen, sei das bedeutende Werk, das viele der schon vorhandenen überflüssig macht, mit dieser kurzen Notiz empfohlen; den übrigen gedenken wir, sobald es Zeit und Umstände erlauben werden, von den Ergebnissen des Verfassers einiges mitzuteilen. Das Inhaltsverzeichnis füllt 16 Seiten; die vier Hauptabschnitte sind überschrieben: Die Tatsachen der Wertentwicklung des städtischen Grund und Bodens; Unstre Stadterweiterung und ihr System (in einem speziellen Teile dieses Abschnitts wird die Entwicklung des Dresdner Stadtgebietes dargestellt); Unser System der Stadterweiterung als Ursache der Mißstände; Die Reform.

Barmer Geschichten von Clara Hohrath.*) Die Erzählungen von Clara Hohrath, mögen sie sich im flämischen Arbeiterviertel des alten Brüssel, auf einer normannischen Insel oder im Wuppertal abspielen, zeigen eine vollkommene Beherrschung der gesamten Umwelt bis in die kleinsten Einzelheiten. Man freut sich über die scharfe Beobachtungsgabe der Erzählerin, die alles Wesentliche sofort herausfindet und das Wahrgenommene mit dichterischer Gestaltungskraft zu verwerten weiß. Bei tieferm Eindringen bemerkt man die persönliche Färbung all ihrer Erzählungen und erkennt deutlich, daß sie eigne Erlebnisse und Empfindungen in reicher Fülle enthalten, sodaß man sich aus ihnen eine klare Vorstellung von der Schriftstellerin, ihrem Wesen und ihrem Empfinden bilden kann. Ihre Eigenart entspricht dem Charakter ihrer Heimat an der Grenze der leichtlebigen Rheinfranken und der ernsten Sachsen. In ihr wiegt die frohgemute rheinische Art vor, die sie auch ihren Lieblingshelden verleiht, sie ist im steten Kampfe mit der Lebensanschauung der Vertreter der andern Richtung, die vor lauter Arbeit nicht zum Bewußtsein, viel weniger zum Genuß des Lebens kommen. Diesen Mangel an Lebensfreude weiß sie in ihren Erzählungen an den verschiedensten Typen zu individualisieren.

Das neueste Werk von Clara Hohrath, die „Barmer Geschichten“, zeigt die Vorzüge von „Tintje“, „Dan und Lizzie“ in schönster Entwicklung. Tiefe der Empfindung und dichterische Kunst wetteifern miteinander, sowohl in den Kinder- und Jugend- als in der Schilderung der Großmutter mit den strahlenden blauen Augen. Hier wie da strahlt alles solche Lebenswärme aus, daß man wieder das Persönliche empfindet. Von der eignen Großmutter hat Clara Hohrath die Kunst der Erzählung

*) Im Wuppertal. Barmer Geschichten aus dem fünfzehnten Jahrhundert von Clara Hohrath. Leipzig, Fr. Wilh. Grunow, 1907. 388 Seiten. Gebunden 4,50 Mark.

gelernt: „Sie, die lange gelebt und in viele Augen gesehen hatte, wußte, daß Märchen über die Welt hingehn, und daß sie in den Augen geschrieben stehn. Mit dem Herzen aber wollen sie gelesen sein. Märchen aus längst verklungner Zeit, die von Mutters Großmutter noch leise flüstern, und Märchen, die da Weissagen von künftigen, noch ungeborenen Tagen.“ Mit sicherer Hand unternimmt die Dichterin die Schilderung von Menschen und Zuständen ihrer Heimat im fünfzehnten Jahrhundert. Mit Recht verzichtet sie dabei auf die Mittel einer gekünstelt altertümlichen Sprache, womit sich viele in ähnlichem Falle begnügen. Sie versetzt sich in das ganze Empfindungsleben der frühern Zeit. Da sie die Bauern ihrer Heimat, die mit zäher Hartnäckigkeit an dem Überkommen festhalten, aus dem Leben kennt, so schildert sie lebenswahr ihr Auftreten in dem fünfzehnten Jahrhundert. Es waren ja dieselben Dickköpfe. Nur die Umwelt war eine andre. Man lebte damals mehr in und mit der Natur. Es war darum begreiflich, daß man an dämonische Naturgewalten und ihren Einfluß auf die Menschen glaubte. So verwebt Clara Hohrath mit künstlerischer Hand allerlei Volksglauben in ihre Geschichten und trifft so sicher den Ton der frühern Zeit. Sie weiß recht gut, daß es früher nicht besser war als jetzt. So legt sie in „Dan und Lizzie“ dem Könige der Erethous die Worte in den Mund: „Miriam Aibert (auch eine Großmutter) hat euch von vergangnen Zeiten vorgeschwärmt und euch den Glauben beigebracht, einst sei alles schöner gewesen als jetzt, und es hätte Helden gegeben? Humberg ist das alles! Die Menschen von früher waren genau so dumm wie die Menschen von jetzt, und sie werden auch mit der Zeit nicht klüger werden!“ Wie ein richtiges Leitmotiv klingt durch die erste der beiden Barmer Geschichten ein Vers aus Walthers von der Vogelweide Liedchen „Unter der Linde“. Er wirkt überaus stimmungsvoll, erinnert daran, daß die Großmutter als blühendes Mädchen gestrauchelt wäre, wenn der Hauskobold nicht wie ein Schutengel rechtzeitig gewarnt hätte. Auch der Enkelin kommt der Vers in der Stunde schwerer Versuchung in den Sinn. Echt menschlich ist es, daß sich die Großmutter zwar müht, die alte Gedankenschuld abzubüßen, aber doch gern ihre Gedanken zu dem schönen Geliebten in ihrer Jugend hinschweifen läßt, selbst im höchsten Alter. Gerade so will die Großmutter in „Dan und Lizzie“ fast in der Sterbestunde die Erinnerungen an harmlose Liebeständeleien ihrer Jugendzeit hervorsuchen. So ist das Ganze in den Duft wahrer Poesie gehüllt, einfach und lebenswahr. Die zahlreichen Konflikte sind natürlich und berechtigt, alle Charaktere richtig erfaßt und durchgeführt.

Mit den einfachsten Mitteln wird die Spannung des Lesers erregt und gesteigert. Überall waltet echt weibliches Zartgefühl gepaart mit einem entwickelten Wirklichkeitsinn. Das Bedenklichste weiß sie stets ohne übertriebne Angstlichkeit und doch mit taktvoller Zurückhaltung zu behandeln, wo es nottut, begnügt sie sich mit Andeutungen, die sich einem kunstvollen Schleier vergleichen lassen. Alles in allem ist Clara Hohrath eine Schriftstellerin, deren bisherige Dichtungen tüchtige Leistungen sind, die auch für die Zukunft zu den schönsten Erwartungen berechtigen.

Die feine und geschmackvolle Ausstattung der „Barmer Geschichten“, besonders der Einband, befriedigt hohe Ansprüche, aber man entbehrt ungern den reizenden Buchschmuck der beiden frühern Werke aus demselben Verlage, die prächtigen Wald- und Feldblumen zu Beginn und am Schluß der Kapitel: sie wirkten ungemein stimmungsvoll.

Ul. Reifferscheid

Anormal, anomal und abnorm. In den letzten Wochen und Monaten sind wir viel mit „normwidrigen“ Dingen gefüttert worden, „normwidriger“ Naturanlage, „normwidrigen“ Trieben, Neigungen, Empfindungen usw. „Normwidrig“

hat sie namentlich Maximilian Harden genannt, offenbar um ein Fremdwort zu vermeiden, denn er schreibt nicht gern Fremdwörter, wenn es nicht unbedingt nötig ist. In den Gerichtsverhandlungen aber und in den Zeitungsnachrichten darüber war das Wort leider fast überall durch ein Fremdwort wiedergegeben, und zwar fast ausschließlich durch das Wort *anormal*. Als ich dieses Wort — schon vor Jahren — zum erstenmale las, traute ich meinen Augen nicht. Es stand aber wirklich so da. Als ich es dann öfter las, dachte ich immer, es wäre verdruckt für *anomal*. Endlich schlug ich die Wörterbücher auf, und da fand ich denn zu meinem Erstaunen, daß es das Wort *anormal* wirklich „gibt“, im Deutschen sowohl wie im Französischen. Also aus dem von *norma* (die Richtschnur) abgeleiteten lateinischen Adjektivum *normalis* eine Verneinung gebildet durch Vorsetzen des griechischen sogenannten Alpha privativum, der Verstümmelung der griechischen Verneinungssilbe *ἀν-* (lateinisch *in-*, deutsch *un-*) — auf jeden Fall eine barbarische Bildung, mag sie aus Deutschland oder aus Frankreich stammen.

Anderz verhält es sich mit *anomal*. Das ist kein Bastard, sondern ein gutes, reingriechisches Wort. Es ist gebildet aus — Grenzbotenlesern braucht man das wohl eigentlich nicht zu sagen, ich wills aber doch sagen, es könnte es einer ver-
gessen haben — dem Adjektivum *δυσάλῆς* oder *δυσάλος* und der vorgeetzten Verneinungssilbe *ἀν-*. Bei der Zusammensetzung ist das *o* zu *ω* gedehnt worden (vgl. *ὄνομα* und *ἀν-ὄνομος*), und so ist *ἀν-ὄνωμος*, *anomal*, entstanden und davon das Hauptwort *ἀνωμαλία* (Anomalie). Nun bedeutet freilich *δυσάλῆς* im klassischen Griechisch nicht regelmäßig oder gesetzmäßig, sondern gleich oder eben, *ἀνώματος* also ungleich oder uneben. Die neuern Sprachen aber — und hier sind wahrscheinlich zuerst die Franzosen die Sünder gewesen — haben das Wort, vielleicht verführt durch den Anklang an *νόμος* (Gesetz), als unregelmäßig, ungesetzmäßig verstanden, und in diesem Sinne ist es dann namentlich in den Naturwissenschaften und in der Grammatik üblich geworden. Der Franzose spricht von *plantes anormales*, *êtres anormaux* (Mißgeburten), aber auch der Deutsche nennt unregelmäßige Zeitwörter *Verba anomala*. Man sollte also meinen, daß es für all die „normwidrigen“ Dinge, von denen in der letzten Zeit soviel die Rede gewesen ist, das nächstliegende Fremdwort gewesen wäre. Aber nein, niemand hat es gebraucht.

Endlich *abnorm*. Wie *anomal* ein gutes reingriechisches, so ist *abnorm* ein gutes reinlateinisches Wort; es bedeutet das, was von der Regel, von der Richtschnur abweicht (*ab-normis*). Es übertrifft also das Wort *anormal* der Form nach, das Wort *anomal* der Bedeutung nach. Es ist weder ein Bastard, noch hat es seine Bedeutung verschoben. Es ist das beste Fremdwort, das wir zur Bezeichnung des Normwidrigen, Unregelmäßigen, Ungesetzmäßigen haben. Hat aber jemand das Wort irgendwo in den letzten Monaten in einer Zeitung gelesen? Überall stand das abscheuliche *anormal*.

Es ist ein Zeichen, eins der vielen Zeichen des Rückganges unsrer humanistischen Bildung, was sich in dem gegenwärtigen Gebrauchsverhältnis dieser drei Wörter ausspricht. Das schlechteste Wort das gebräuchlichste, das beste — fast unbekannt.

* *

